

Wanjäbrig	6 fl. — fr.
Halbjährig	3 „ — „
Vierteljährig	1 „ 50 „
Monatlich	— „ 50 „

Wanjäbrig	9 fl. — fr.
Halbjährig	4 „ 50 „
Vierteljährig	2 „ 25 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 5 fr.

Tagblatt.

Kongregplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmayr & J. B. B. B.)

Für die einspaltige Petitzeile bei zweimaliger Einschaltung dreimal à 7 fr.

Inserationsstempel jedesmal 30 fr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.



Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 127.

Dienstag, 8. Juni. — Morgen: Prim. u. Fel.

1869.

Konstitutioneller Verein in Laibach.

Der Ausschuss beehrt sich hiemit, die Herren Vereinsmitglieder zur

vierzehnten Versammlung,

welche Freitag den 11. Juni d. J. Abends um 7 Uhr im Saale der Schießstätte stattfindet, höflichst einzuladen.

Tagesordnung:

1. Besprechung über wünschenswerthe Aenderungen des Laibacher Gemeindestatutes.
2. Antrag auf Absendung einer Adresse an das Ministerium zur Abwehr verfassungswidriger Uebergriffe anlässlich der Ereignisse vom 23. Mai d. J.

Eine Gegendenchrift.

Die in unserem gestrigen Blatte erwähnte, von der nationalen Majorität des Landesauschusses ausgehende, für die Minister Beust, Taaffe und Giska bestimmte Denkschrift trägt durchaus den Charakter einer Parteischrift. Wir sind in der Lage, ihren wesentlichen Inhalt unseren Lesern mitzutheilen:

Von der Denkschrift des Laibacher Gemeinderathes ausgehend, wird darin auf die in Folge der Auflösung des früheren Gemeinderathes stattgehabten Neuwahlen, von denen sich die nationale Partei enthielt, hingewiesen. Die jetzige Gemeindevertretung wird zwar als das gesetzliche Organ anerkannt, jedoch hiebei bemerkt, daß sie der Ausdruck einer Partei sei, „welche nicht bloß der aus der zweimaligen Wahl des Landes hervorgegangenen Landtagsmajorität, sondern der Majorität der Bevölkerung von Krain überhaupt, ja sogar der Mehrzahl der Bewohner der Landeshauptstadt selbst schroff gegenüber steht.“

In jener Denkschrift des Gemeinderathes, welche eine eigenthümliche Färbung enthalte, seien unrichtige Behauptungen aufgenommen worden. So z. B. sei jene Stelle, welche die Angriffe der Bauern, die Bedrohung der Stadt und die Verhütung des Unglückes durch das rechtzeitige Einschreiten der Gendarmerie und des Militärs bespricht, ganz unwahr; denn auf dem Jantschberge war gar kein Militär anwesend und in Josefsthal scheint kein Angriff von Seite der Bauern erfolgt zu sein, auch sind sämtliche diesfalls Verhaftete bereits aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Ein Ueberfall der Stadt Laibach mag wohl von ängstlichen Gemüthern befürchtet worden sein, die Furcht war jedoch eine ganz ungerechtfertigte, und es trat nicht einmal die Spur einer solchen Absicht zu Tage.

Die Bewerfung des Eisenbahnzuges durch Bauern bei Franzdorf reduzierte sich darauf, daß ein Hirt einen Stein geworfen, um sein Vieh von der Bahn zu vertreiben.

Aus diesen Unrichtigkeiten möge auf den Werth der übrigen Argumentationen und Verdächtigungen geschlossen werden.

Der Gemeinderath will in den Labors den Grund der Ereignisse erblicken. Bisher haben sieben Labors in Steiermark, im Triester Gebiete und in Krain mit von den Behörden genehmigtem Programme stattgefunden, über 80.000 Slovenen nahmen daran Theil, ohne daß die geringste Unordnung vorgefallen, oder von irgend einem Redner dem Regierungskommissär Anlaß zur geringfügigsten Bemerkung gegeben worden wäre.

Wie kommt nun der Gemeinderath, dessen Mitglieder „verfassungstreu“ und liberal par excellence sich nennen, dazu, Volksversammlungen, welche auf Grund der Gesetze und streng in den gesetzlichen Schranken stattfinden, zu verdächtigen? Könnten nicht eben so die vom Kaiser sanktionirten freiheitlichen Gesetze,

welche jene Volksversammlungen gestatten, als Grund der Jantschberger Affaire bezeichnet werden?

Die Laibacher Turner hatten schon dreimal in den Vorjahren ähnliche Angriffe zu erdulden, zu einer Zeit, wo noch keine Volksversammlungen stattgefunden hatten.

„Als zweiter Grund der Ereignisse werden die Aufreizungen der nationalen Presse angeführt, hiebei aber ganz ignoriert, daß diese lediglich zur Abwehr gegen die fortwährenden Verletzungen der Organe der antinationalen Partei gezwungen sind.“

„Abgesehen von den Einflüssen der außer Landes erscheinenden Presse, hat der Hader in Krain die größten Fortschritte gemacht, seitdem das Organ des konstitutionellen Vereins, „das Laibacher Tagblatt,“ Tag für Tag die nationale Partei und ihre Führer in der gemeinsten Weise angreift, alles was der Nation lieb und theuer ist, in den Roth zieht und allen volkfreundlichen Bestrebungen mit Hohn und Spott ins Gesicht schlägt. Selbst den hochherzigen Gnadenakt der Strafnachsicht an den wegen der Jeschzaaffaire Verurtheilten, welcher in allen Theilen unseres Landes ungetrübtesten Jubel erweckte, konnte dieses Blatt nicht hinnehmen, ohne ihn zum Gegenstande seiner Polemik zu machen und mit dem bitteren Erguß seiner Galle zu vergiften. Die Krainer sind immer ein sehr sojales, ihrer Religion, ihrem Kaiser und ihrer Nationalität treu ergebene Volk; es ist daher wohl ganz natürlich, daß Angriffe auf einen dieser unverilgbaren Leitsterne des Volkes die ganze Erbitterung wachrufen müssen gegen jene Partei, welche trotz ihrer verschwinnenden Minderheit die Herrschaft über Land und Volk erzwingen will.“

Die Denkschrift verdächtigt unseren ganzen Klerus, doch ist trotz der vielen Denunziationen bisher noch kein einziger Priester unseres Landes wegen politischer Vergehen dem Gesetze verfallen, alle Denunziationen erweisen sich als bloße Verleumdungen

Fenilleton.

Krainische Kulturzustände im vorigen Jahrhundert.*

(Nach Hacquet.)

II.

Alle Bestrebungen zur Beseitigung der mannigfachen Auswüchse des Volksaberglaubens hatten den zähesten Widerstand dann zu gewärtigen, wenn letzterem eine im Verlaufe der Jahrhunderte geübte religiöse Weihe zur Seite stand. Hacquet widmete seine besondere Aufmerksamkeit dem religiösen Aberglauben in Krain; dieser fand seine vorzüglichste Nahrung in den ein immenses Kapital an verlorener Zeit und unterlassener Arbeit verschlingenden Wallfahrten, die zu seiner Zeit noch in vollster Blüthe standen. In mitunter derber Weise geißelt Hacquet den Unfug, der unter religiösem Deckmantel getrieben wurde, und wir beschränken uns darauf, nur einige

seiner Gedanken mit Weglassung der Verbheiten seiner kräftige Ausdrucksweise wiederzugeben.

„Der Unterkrainger liebt die Wallfahrten, also das Wunderthätige, weswegen er oft in der besten Zeit, wo die mehresten Feldarbeiten vorkommen, davon läuft. Mit Bedauern sah ich tausendmal, mit was für einer Verehrung dieses getäuschte Volk vor einer jeden Bildsäule und andern abenteuerlichen Abbildungen sich niederbeugte. Vor einer Wohnung stand ein Brunnen mit einem nackten Hercules, wie er einen Löwen erschlägt. Da nun alles Volk, das nach Oberkrain, Kranten, Steiermark u. s. w. wallfahrte, bei diesem Brunnen vorbei mußte, so sah ich, mit welcher Ehrerbietung ein jeder seinen Hut, in der Meinung es sei ein Heiliger, abnahm und sich krugigte, die Weiber oft auch niederknieten, ein kleines Stößgebet verrichteten und mit Beklemmung des Gemüthes, diesen Heiligen so entblößt und ohne Obdach und nur wenig verehrt zu sehen, weiter gingen.“

„Auf dem Kumberge in Unterkrain lernte ich ein besonders Mittel wider das Halsweh kennen. Arme Bauern kamen dahin und stellten sich unter den Glockenthurm, einer davon band sich den her-

abhängenden Strick um den Hals; ich lief zu und glaubte er wolle sich erhängen, allein er lachte über meine Sorge und sagte zu mir: „Herr, haben Sie Vertrauen und binden Sie sich ebenfalls einen solchen Glockenstrick um den Hals, und ziehen Sie so lange damit, bis die Glocke einen Lant von sich gibt, so werden Sie für jetzt und allemal vom Halsweh befreit bleiben.“

„Im Jahre 1775, als ich dieses Land bereiste, traf ich eine so große Dürre, daß auch in den Gärten alles von der Sonne verbrannt war. Es war ein allgemeiner Jammer im Lande, man sah in den Städten und Dörfern das Volk in Prozessionen haufenweise herumgehen, um den Himmel zu bewegen, daß er regnen lassen möchte. Die Mädchen gingen mit herabhängenden Haaren, um den Kopf eine Dornenkrone, um dadurch die Demuth eines büßenden Volkes anzudeuten. Die Füße waren entblößt, obgleich das Pflaster der Straße in Öhrz und a. D. sehr erhitzt war, denn es war mitten im Julius und gewiß dem mehr oder weniger zarten Geschlechte sehr schmerzhaft, da mir solches in Stiefeln unleidlich vorkam. Das Bitten, Singen und Jammergehrei bei diesem Um-

* Siehe Nr. 125.

Zur Untersuchung der vom Gemeinderathe gegen das Schulwesen gemachten Vorwürfe wegen Mangel an Disziplin u. s. w. stehe dem Landesauschusse keine Einflussnahme auf die Mittelschulen zu, es sei Sache der Landesregierung, jene Vorwürfe gründlich zu widerlegen. Die Schuld der Disziplinlosigkeit fällt auf die Professoren zurück. Die Lehrkörper der hiesigen Mittelschulen gehören ihrer Majorität nach entschieden der sogenannten liberalen Partei an, sie trifft die volle Verantwortlichkeit für solche Uebelstände. Dem Schüler fehlt jedes Vertrauen zu seinem Lehrer, wenn er nicht einmal in seiner Muttersprache mit dem Schüler spricht, wenn er die vaterländische Literatur in der Schule öffentlich verhöhnt, und die Lehrkanzel zur Pflanzstätte politischer Umtriebe gemacht wird.

Die vom Gemeinderathe vorgeschlagenen Maßregeln dürften den gewünschten Zweck nicht herbeiführen. Sie gipfeln in Maßregelungen des Klerus, der Presse, der Schule, sie verlangen die Entfernung aller Lehrer, die einer anderen politischen Gesinnung sind, als der gegenwärtige Gemeinderath, ja es werden Maßregelungen des ganzen Landes und Volkes gefordert, damit dasselbe zu den politischen Anschauungen einer Minderheit bekehrt werde, welche ihre Anhänger kaum nach ein paar Hunderten zählt.

Die Landesauschussmajorität weist auf die Unmöglichkeit der Durchführung, auf die Geschwindigkeit eines solchen Vorganges hin, derselbe würde vergeblich sein, da die Geschichte aller Zeiten und Völker lehrt, daß das nationale Bewußtsein und die politischen Anschauungen eines Volkes durch Gewaltmaßregeln nie geändert werden können. Es liegt auch kein Grund dazu vor, denn die stets loyale Slovenen fordern nichts, als was durch die Staatsgrundgesetze ihnen schon prinzipiell gewährleistet ist.

Nicht die vom Gemeinderathe vorgeschlagenen Maßregeln, sondern die volle und rückhaltlose Durchführung des Prinzips der nationalen Gleichberechtigung ist geeignet, das slovenische Volk zu befriedigen und die Eintracht zwischen allen Bewohnern unseres Landes herzustellen. Noch ist man weit entfernt von der praktischen Durchführung dieses verfassungsmäßigen Rechtes, denn die meisten Bezirkshauptmannschaften richten ihre Zuschriften an stoßslovenische Parteien und Gemeindevorstände in deutscher Sprache, bei den meisten Gerichten werden die Verhörprotokolle mit Inquisiten, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, in dieser Sprache aufgenommen, ja die 1 1/2 Millionen Slovenen besitzen noch heute zu Tage nicht eine Mittelschule, in welcher die slovenische Sprache die Unterrichtssprache wäre, und doch hat der große Leibniz schon vor hundert Jahren gesagt: „Die Sprache ist ein Spiegel des Verstandes, und gemeinlich, wenn eines Landes Sprache am besten

ausgeübt worden, das Land und Volk alsdann selbst geblühet.“

Während bei jedem anderen Volke der Patriotismus und die Liebe zu seinem Vaterlande und seiner Nation als eine der edelsten Tugenden, als eines der heiligsten Gefühle gilt, erscheint bei einer gewissen Clique der Name „Slovene“ gleichsam als ein Schimpfswort und die nationale Gesinnung als ein Verbrechen.

Italiener und Deutsche leben friedlich in unserem Lande. Die Opposition der Bevölkerung richtet sich nie gegen sie, sondern nur gegen jene kleine, größtentheils aus Eingebornen bestehende Fraktion, welche aus selbstsüchtigen Gründen die Herrschaft über unser Volk erzwingen und ihre Anschauungen dem ganzen Lande aufdringen will.

Die Denkschrift des Laibacher Gemeinderathes versucht es sogar, der nationalen Bewegung unseres Landes eine soziale Färbung zu geben, eine Anschauung, die so absurd und haltlos ist, daß sie einer ernsten Widerlegung nicht bedarf.

Schließlich wird die Denkschrift der Landesauschussmajorität der geeigneten Würdigung der einzelnen Minister anempfohlen und die hohe Regierung gebeten, durch die volle und rückhaltlose Durchführung der verfassungsmäßig gewährleisteten, vom krainischen Landtage so nachdrücklich erbetenen Gleichberechtigung der slovenischen Sprache in Schule und Amt die Wünsche der stets loyale Slovenen ihrer Erfüllung zuzuführen.

Der Bischof von Linz.

Ein Ereigniß, das wohl geeignet sein mußte, den Sinn der Bevölkerung zu frappiren und den Eindruck eines neuen und merkwürdigen Schauspieles auf sie zu üben, ist es, das der Telegraf aus Linz hinterbrachte, indem er meldete, der Bischof von Linz sei zwangsweise unter der Eskorte von Gerichtsdienern vor das Landesgericht zur amtlichen Vernehmung geführt worden. Die Begriffe von der Unnahbarkeit und Unantastbarkeit der Bischöfe, von dem ihnen mittelst Freibriefes gesicherten Monopol, weltliches Recht und weltliches Gesetz unbümmert bei Seite liegen zu lassen, hatten sich während der Konfordszeit derart in dem Geiste der Menschen in Oesterreich festgenistet, und die Regierungen, welche seit dem formellen Sturze der Konfordsmänner die Herrschaft in Oesterreich hielten, hatten bisher so sehr alles gethan, den Bischöfen diesen Nimbus zu bewahren, daß die erste Manifestation, welche einen Würdenträger der Kirche dieses lange genug usurpirten Nimbus entkleidet erscheinen läßt, die Wirkung des äußerlich Ueberraschenden nicht verfehlen konnte.

Ueber die Erregung der öffentlichen Neugier hinaus aber hat sich, wie alle vorliegenden Berichte

aus Linz konstatiren, diese Wirkung nicht erstreckt. Einzelne Versuche, Demonstrationen zu Gunsten des bischöflichen „Märtyrers“ zu provoziren, sind erfolglos geblieben, und desgleichen haben es die Linzer taktvoll vermieden, irgend einen feindseligen Laut gegen den Bischof zum demonstrativen Ausbruch kommen zu lassen. Dem äußeren Aufzug der ganzen Aktion sollte man das natürliche Interesse: die innere Bedeutung des Ereignisses tagirte man aber ganz richtig, indem man keinerlei Zubelehrung für die Regierung und die Gerichte vernehmen ließ, zur etwaigen Lobpreisung dafür, daß sie endlich, und dies spät genug, das „gleiche Recht für Alle“ zur Geltung gebracht.

Die „neue Aera“ spielte geradezu um ihr Leben, wenn sie sich noch eine Weile besann, dem Gesetze in seiner einfachsten Forderung Geltung zu verschaffen. Es war eine natürlichste und unaufschiebbarste That der Selbsterhaltung, welche geschah, indem man den Linzer Gerichtsdiener ins bischöfliche Palais sandte.

Dem „W. T.“ ist über das Ereigniß folgender Bericht zugekommen:

Heute Nachmittags 1³⁰ Uhr wurde der hochwürde Bischof Franz Josef Rudigier zwangsweise zum k. k. Landesgerichte abgeführt, um wegen des ihm zur Last geschriebenen Verbrechens der „Störung der öffentlichen Ruhe, begangen durch seinen am 8. September v. J. erlassenen Hirtenbrief“, auf eine informative Weise vernommen zu werden.

Um 12 Uhr begab sich der Bürgermeister von Linz mit dem kategorisch lautenden Vorführungsbefehl zum Bischofe und bemühte sich durch 1 1/2 Stunden vergeblich, den Hochwürdigsten zu bewegen, sich ohne angewandten Zwang dem Gerichte zu stellen.

Nach seiner Entfernung erschien der bereits im Vorsaale befindliche Gemeindefekretär, welcher zu seiner Assistenz einige städtische Sicherheitswachmänner mitgebracht hatte, und forderte den Bischof auf, dem Vorführungsbefehle nachzukommen. Derselbe erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen, und diktirte dem Sekretär einen langen Protest gegen seine zwangsweise Vorführung, in welchem er alle Organe, welche seine Vorführung anordneten und ausführten, für die Folgen derselben verantwortlich machte.

Vor seiner Abführung suchte er noch um eine Frist nach, welche er benützte, um sich in sein bischöfliches Gewand zu werfen.

Da er hartnäckig dabei blieb, nur der Gewalt weichen zu wollen, wurde er auf die Sicherheitswachmänner aufmerksam gemacht und von zwei derselben leicht berührt. Hierauf begab er sich in den im Hof wartenden Fiaker, bestieg ihn in Begleitung des bischöflichen Sekretärs, während der Gemeinde-

gange war für jeden Zuschauer äußerst rührend, da man auf den mehren Gesichtern dieser ausgehungerten Leute die Verzweiflung sah; freilich konnte mancher helldenkende Kopf sagen, vernünftig wäre es, anstatt die Zeit unnütz mit Bitten, Flehen und Nichtsthun zu verschwenden, lieber seine Gärten mit Wasser zu erquickern, so wenig es auch ausgeben mag, so würde man doch etwas erhalten.“ Als Ursache der Entstehung mancher Wallfahrtsorte führt Haquet das elende Leben der Geistlichen in den Gebirgsgegenden an, „wo sie meist mit ihrem Kirchendiener allein leben müssen, und bei ihrer oft schweren und weitschichtigen Seelsorge einen mageren Gehalt haben, solchergestalt, daß in betreff der Armuth sie mit den Maroniten in Sibirien viel ähnliches haben. Dieses nicht hinlängliche Auskommen mag wohl oft den Anlaß gegeben haben, Wallfahrtsörter zu errichten, um besseres Einkommen zu erhalten.“ In dem abgelegenen Trentathale, am Ursprunge des Fsonzo, fand er neben dem dort bestandenen Eisenwerke eine Kirche mit einem über hundert Jahre alten Geistlichen und Kirchendiener. „Ersterer war ein Mann voll Aberglaubens, zu welchem die abergläubischen Alpenleute mit Hofen und Weiberröcken von Kranken

wallfahrtend hinliefen, sie aussegnen zu lassen, damit der leidige — keine Krankheit mehr verursachen sollte. Nothwendig ist anzumerken, daß dieser alte Schwärmer unter dem Gräger, und nicht unter dem Krainer Bischofe geduldet wird. Als ich daselbst zugegen war, befand sich der alte Greis krank, so daß ich mit ihm wenig sprechen konnte, doch fragte er mich, warum ich gekommen sei? ob, um meine Gesundheit zu holen? Wenn dieser Alte stirbt, so weiß ich nicht, wie ihn sein Diener begraben werde, denn nirgends ist über ein oder zwei Schuhe Erde da, und wenn auch welche da wäre, so müßten sie die Regengüsse jeder Zeit von dem Felsen wegsülen.“

Die verschiedenen Wallfahrtsorte machten einander Konkurrenz, wie dies eine lezenswerthe Stelle in seiner Oryctographia carniolica, III. Band Seite 178, näher beleuchtet. Den vollen Unwillen des unverdroffenen Gelehrten erregt dieser an einem bekannten unterkrainischen Wallfahrtsorte geübte Unfug: „Man stelle sich in der größten Arbeitszeit einen großen Haufen armer Landleute vor, welche zu vielen Tausenden hierher und an viele andere Wallfahrtsörter des Landes hinlaufen. Abgemattet und noch dazu ausgehungert, kommt, von dem

Wahnsinn gelockt, dieses halb blinde Volk, seinen letzten Heller zu opfern, und für dieses oft nicht einmal einen Unterstand bei übler Witterung zu genießen, denn nur der Wohlhabende hat bei den Religionshirten Platz. Voller Drangsal und Armuth hofft hier das Volk seine Umstände fürs Zeitliche und Ewige zu verbessern, wo indessen seine Wirthschaft zu Hause stecken bleibt, und außerdem wird es noch von Predigern in Zweifel gesetzt, welches der beste Gnadenort sei.“

„Der Mangel an Unterkunft hat zur Folge, daß die Christgläubigen gepfropft und gehäuft die Nacht in dem Tempel des Herrn zubringen, das zu allerlei Unfug Veranlassung gibt. Ich könnte solche Zügellosigkeit mit mehreren Thatsachen bekräftigen, allein so was muß in die ewige Vergessenheit kommen. Man hat oft schon im Lande den Antrag gemacht, die vielen überflüssigen Kirchen zu sperren, wie auch unter Kaiser Josefs Regierung der Anfang gemacht worden ist, aber unter seinem Nachfolger wurde wieder davon abgesehen, da Eigennutz sich stets dagegen gesträubt, denn je mehr Kirchen, desto mehr Kirchenrechnungen, und was geopfert wird, fließt doch meistens in einen Sack.“

sekretär ihm gegenüber und ein Sicherheitswachmann auf dem Boock Platz nahmen.

Der Wagen begab sich nun im scharfen Laufe zum Landesgerichte, wo die Vernehmung des Hochwürdigen über eine halbe Stunde in Anspruch nahm. Wie man hört, hat er hiebei auf's neue protestirt und jede Antwort auf die ihm vorgelegten Fragen verweigert.

Inzwischen war die bischöfliche Equipage nachgekommen, und nach erfolgter Vernehmung begab sich der Bischof in seinem Wagen wieder in sein Palais zurück. Sowohl auf der Hin- als auf der Rückfahrt spendete der Bischof den Segen.

Vor seiner Abführung sammelte sich eine ziemlich zahlreiche Menschenmenge vor seinem Palais und es mangelte nicht an künstlichen Ovationenversuchen. Ich selbst hörte, wie der bischöfliche Kammerdiener die Leute zum Vivatrufen animirte.

Vor dem Landesgerichte sammelten sich nur einzelne Personen. Dagegen erschienen in corpore die Waisenmädchen, welche sich in der geistlichen Erziehung „zum guten Hirten“ befinden. Selbe empfangen kniend bei der Abfahrt des Bischofs den Segen und stürzten mit Geschrei dem davonsahrenden Wagen nach.

Politische Rundschau.

Laibach, 8. Juni.

Der „Debatte“ wird über einen politischen Strike in Galizien aus Lemberg telegrafirt: „Außer Grocholki, Szuisli haben noch sieben polnische Abgeordnete ihre Mandate niedergelegt. Malicki hat das Landeschulrathsam niedergelegt. Die Antoniederlegung der Landesausschuß-Mitglieder Krainzki und Pietruski ist bevorstehend.“

Ein neuer Konflikt zwischen Oesterreich und Rumänien ist glücklicherweise bereits auf dem Wege des Ausgleiches. Der Präsekt von Galag ließ sich verleiten, gewaltsam in das österreichisch-ungarische Passagierboot „Radeky“ einzudringen, um zwei Ungarinnen, welche der österreichische Konsul auf ihr Ansuchen gegen die Reklamationen einer übel berüchtigten Frau in Schutz nahm und nach ihrem Vaterlande zurückschickte, angeblich zu befreien. Dieses völkerrechtswidrige Vorgehen hat unserem diplomatischen Agenten in Bukarest, Herrn v. Zulauf, Anlaß gegeben, von dem rumänischen Ministerpräsidenten und Minister des Aeußeren, Fürsten Ghila, in entschiedenster Weise Satisfaktion zu fordern. Diefelbe wurde auch sofort zugesagt, der Minister erklärte jedoch, erst das Eintreffen des von der Galager Präsektur abverlangten Berichtes abwarten zu müssen, bevor dieselbe thatsächlich erfolgt. Man darf wohl gewärtigen, daß der Dampfer „Radeky“ bei seinem nächsten Eintreffen in Galag die verlangte Satisfaktion erhalten haben wird.

Der norddeutsche Reichstag hat die Erhöhung der Branntweinsteuer auch in dritter Lesung verworfen. In Folge dessen erklärte der Präsident des Bundeskanzleramtes, daß die Bundesregierungen auf die weitere Verathung der Steuerergesse verzichten. So hätte denn der große Steuersturmlauf mit einer entschiedenen Niederlage des Bundes-Präsidentiums geendigt. Die Wechsel-Stempelsteuer ist das einzige, was durchging, und das ist sehr wenig.

In der italienischen Deputirtenkammer legte Lobbia auf den Präsidententisch versiegelte Dokumente nieder, indem er ankündigte, er habe Beweise von Bestechlichkeit eines Deputirten in der Angelegenheit der Tabakregie. Nachdem noch Seitens einiger Deputirten und des Ministeriums Erklärungen abgegeben wurden, beschloß die Kammer einstimmig, den Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission in Erwägung zu ziehen und denselben Montags in vertraulicher Sitzung in Verhandlung zu nehmen.

Von allen Seiten ertönen Beschwerden wegen Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen in Frankreich. Der Herzog von De-cazes veröffentlicht einen Brief, in dem er sagt, 89 Wähler aus der Gemeinde St. Radégonde im

Charente-Departement hätten ihm erklärt, daß sie für ihn gestimmt, und er habe nach dem amtlichen Ausweise in dieser Gemeinde nur 23 Stimmen gehabt. Der Herzog zeigt an, er werde einen Prozeß gegen die Regierung anstrengen. Ein Unterfangen, das ihm sicherlich nichts nützen wird!

Finanzminister Magne soll um seine Entlassung gebeten haben, weil er sich außer Stande sieht, den fort und fort gesteigerten Forderungen des Kriegsministers nachzukommen, der neuerdings gelegentlich der Ausrüstung der Mobiltgarde wieder furchtbar in den Säckel greift.

Eine Mitglieder-Versammlung der Kortjesmajorität beschloß nahezu einstimmig, Serrano mit dem Titel Hoheit zum Regenten zu ernennen und ihm die in der Verfassung enthaltenen Befugnisse zu übertragen, ausgenommen jedoch die auf die Gesetzesfunktionirung und Kortjesauflösung bezüglichen, so lange die Kortjes konstituierend sind.

Die englischen Peers können sich mit der irischen Kirchenbill nicht recht befreunden. Lord Harrowby wird im Oberhause die Verwerfung derselben beantragen, wobei Lord Derby ihn unterstützen wird. Die Konservativen erwarten eine Majorität von 80 Stimmen zu erlangen. Im Falle, daß die Bill verworfen würde, dürfte Gladstone das Parlament vertagen und dann die Session im Juli einberufen, wo er die Bill abermals einbringen und eventuell einen Peersschub vornehmen würde.

Der (amerikanische) Korrespondent der „Times“ in Philadelphia schreibt über die Instruktionen Motley's: Die voluminösen Instruktionen, welche erst vor ein paar Tagen fertig wurden, repräsentirten die gemäßigten Ansichten des Staatssekretärs Fish über die Alabama-Angelegenheit, nicht aber die extravaganten Forderungen des Senators Sumner, welche jetzt von Regierung und Volk nicht mehr als die ihrigen angesehen werden. Der Senator machte verschiedene Versuche bei persönlichen Unterredungen mit Kabinetministern, die Instruktionen Motley's auf seine Rede im Senate gegründet zu sehen, aber vergeblich. Man ist äußerst besorgt, den Frieden zu erhalten, das Publikum erschrickt bei dem Gedanken an das rapide Steigen des Goldagio's und die Furcht, daß es zu sehr mißlichen Dingen kommen könne, wenn man diese Differenzen größer werden lasse, hat eine große Mäßigung zuwege gebracht.

Zur Tagesgeschichte.

Das Befinden der Prinzessin Valerie, welche einen ernstlichen Anbranst hatte, ist gegenwärtig ein zufriedenstellendes. Die Prinzessin nimmt die ausgespritzte Ammenmilch mit gutem Erfolge, ist heiter und spielt. Die Amme, Tochter armer Tagelöhnerleute aus Mannswörth in Niederösterreich, bewahrt sich vollkommen und ist ganz glücklich durch die Mission, die ihr zu Theil geworden. Sie erhält von allen Seiten Glückwünsche, ihre Eltern kamen bereits auf Besuch zur Tochter nach Wien und der Pfarrer des Ortes Mannswörth wollte so wenig an den hohen Ruf glauben, welchen sein Pfarrkind erhielt, daß er anfänglich Anstand nahm, demselben die nöthigen Dokumente auszufolgen. Die Wärterin, welche die Amme um Mitternacht vom Zindelhaufe nach Schönbrunn brachte, sowie die Stellvertreterin der Amme bei deren eigenem Kinde, wurden reichlich beschenkt. Die Amme wird auch nach Ischl mitgenommen.

Ueber den Empfang des Bizekönigs von Egypten auf preussischem Gebiete sind, wie die „R. Z.“ mittheilt, jetzt die näheren Bestimmungen getroffen. Der Fürst hat gewünscht, während der Reise das strengste Inognito zu bewahren, und auf Befehl des Königs soll dasselbe von allen Behörden respektirt werden. Es wird daher weder in Oderberg, wo der Bizekönig am 6. eintrifft, noch in Breslau, wo derselbe die Nacht vom 6. zum 7. zubringt, ein offizieller Empfang stattfinden. In Oderberg werden nur die von Sr. Majestät mit dem Ehrendienst bei dem Bizekönig beauftragten Personen, nämlich der Generalmajor Freiherr v. Loën und der Kammerherr Graf

v. Fürstenstein, sich dem hohen Gaste zur Verfügung stellen und im Breslauer Schloß wird derselbe die Begrüßung des kommandirenden Generals und des Oberpräsidenten von Schlesien entgegen nehmen. Am 7. Juni Abends will Ismail Pascha mit einem Extrazuge in Berlin eintreffen und hier selbst wird ein offizieller Empfang des Bizekönigs erfolgen. Am darauf folgenden Tage wird Sr. Majestät ein Bankett zu Ehren des Gastes geben und für den Abend ist Gallaoper angeordnet. Das Befinden des Königs hat sich in den letzten Tagen so günstig gestaltet, daß derselbe voraussichtlich in keiner Weise verhindert sein wird, den Höflichkeitspflichten der Gastfreundschaft zu genügen.

Die Maturitätsprüfungen an Oberrealschulen wurden mit einer neuen Verordnung des h. k. k. Unterrichtsministeriums eingeführt. Hiedurch wird den Schülern nach Absolvirung der Oberrealschule der Eintritt in Hochschulen ohne vorhergehender Aufnahmeprüfung ermöglicht. Die Maturitätsprüfung erstreckt sich auf nachfolgende Gegenstände: Die obligaten Sprachen, dann Mathematik, Physik, Chemie, darstellende Geometrie, Geographie und Geschichte. Die Religionslehre wird nur durch eine Totalklasse als Ergebniß der einzelnen Semestralklassen im Maturitätszeugniß repräsentirt und bildet somit dieselbe keinen besonderen Gegenstand der Maturitätsprüfung.

Auf den vom 18. bis 20. Mai zu Berlin abgehaltenen 18. allgemeinen deutschen Lehrerversammlung wurde Wien als nächster Versammlungsort bestimmt. Nachdem Oberlehrer Mayer mit warmen Worten für Wien gesprochen, indem er besonders hervorhob, daß bei der ausfluchtenden Freiheit in Oesterreich endlich der Zeitpunkt gekommen sei, der es den Wiener Lehrern gestatte, ihre deutschen Kollegen nach ihrer Vaterstadt einzuladen: wurde an der Wiener Magistrat eine telegrafische Anfrage gerichtet, ob derselbe zur Aufnahme der Versammlung bereit sein werde. Wie sich nicht anders erwarten ließ, lautete die Antwort bejahend.

Wir haben bereits erwähnt, daß die neue Honvedsahne angeblich vom Kaiser-König beanstandet worden sein soll. Die „Deb.“ versichert, daß dies um so mehr unrichtig ist, als der Kaiser die Fahne gar nicht gesehen habe, bloß Graf Andrássy wünsche Aenderungen.

Bei den diesseitigen Telegrafien-Aemtern wurden im März 1860 im Ganzen 129.747 Privat- und 10.823 Staatsdepechen aufgegeben; eingelangt sind von ersteren 31.003, von letzteren 161. Der Gesamtverkehr beträgt somit 171.734 Depechen, die Einnahme hiefür beläuft sich auf 144.765 fl. und stellt sich im Vergleich mit dem Monat März 1868 um 21.807 fl. höher.

Gegenwärtig ist der Neusiedler-See abermals ganz wasserleer und ist dessen Boden von Gras und Unkraut bedeckt. Derselbe wird jetzt von den Bewohnern als Viehweide benutzt. Die Austrocknung des Sees ist außerdem nicht bloß eine oberflächliche, sondern erstreckt sich auch in die Tiefe. Als man nämlich für die Viehherden einen Brunnen graben wollte, traf man bis zu einer Tiefe von drei Klaftern noch nicht auf Wasser.

Einer aus Lemberg eingetroffenen telegrafischen Meldung zufolge ist Erzbischof Litwinowicz nach langem Leiden daselbst verschieden. Litwinowicz (Spiridion), griechisch-katholischer Erzbischof und Metropolit in Lemberg, geboren 6. Dezember 1810 von ruthenischen Eltern, erwarb nach absolvirten Studien den theologischen Doktorgrad. Am 19. Juli 1835 wurde er zum Priester geweiht und wirkte nun mehrere Jahre als Religionslehrer in Czernowitz, bis er als Prälat der griechisch-katholischen Pfarrkirche zu St. Barbara nach Wien versetzt wurde. 1857 ward er Weihbischof, Bischof von Canatha in partibus und Enffragan des Lemberger Erzbischofs Sachimowicz. 1861 fing er an, auch eine politische Rolle zu spielen, indem er vom galizischen Landtage, in welchem er als Stellvertreter des Landmarschalls fungirte, in den Reichsrath gewählt wurde. Er nahm seinen Platz im rechten Centrum des Abgeordnetenhauses und unterstützte als Führer der Ruthenen die Politik des Mi-

